

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 10/20

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

MBI weniger als die Hälfte der Stimmen wie 2014, aber Fraktion

Am 13. September fanden Kommunalwahlen in NRW statt. Überall legten die Grünen kräftig zu, die CDU blieb insgesamt relativ konstant und die SPD musste kräftig Federn lassen. Andere Parteien und Wählergemeinschaften erhielten NRW-weit weniger Stimmen als noch 2014 mit Ausnahme der AfD, die häufig zulegte, allerdings weniger, als sie bei der Bundestagswahl 2017 bekamen. Das alles war wenig überraschend. Im WAZ-Artikel vom 3.9.20: "*Coronakrise schlägt voll auf die Kommunalwahl durch*" stellte z.B. Norbert Kersting, Professor für Politikwissenschaft- Kommunal- und Regionalpolitik, kurz vor der Wahl seine "Analyse der Einstellungen der Ratsmitglieder in NRW" vor. **Sein Fazit: Die Krise verändert das Wahlverhalten, Amtsinhaber profitieren, kleine Parteien leiden.** Das bewahrheitete sich auch in Mülheim. Dort errang die CDU 14 Ratssitze, die SPD 12 und die Grünen 13, MBI und FDP je 3, Die Partei 2, die AfD 4 und WIRAUSMülheim, Linke und BAMH jeweils 1 Sitz. Damit blieb den MBI relativ knapp der Fraktionsstatus erhalten, obwohl im Vergleich zu 2014 nur noch etwas über 3000 Mülheimer/innen MBI wählten, also weniger als die Hälfte der ca. 6600 zuvor. Natürlich hatten wir deutlich mehr erhofft, doch mit dem Fraktionsstatus können Geschäftsstelle und Angestellte weiter gehalten werden. Eine etwas genauere Wahlanalyse auf S. 2.

Bei der OB-Wahl war eine Stichwahl erforderlich, weil Buchholz (CDU) und Griefahn (SPD) fast gleichauf bei mageren ca. 25% lagen. Welche Konstellation zukünftig eine quasi-Koalition bilden könnte, hing also von der 55ten Stimme des oder der neuen OB im Rat ab. Deshalb führten die MBI umgehend Gespräche mit beiden über wichtige MBI-Anliegen. Danach konnten die MBI nur eine Wahlempfehlung für Frau Griefahn aussprechen. Mehr auf S. 3.

Buchholz dennoch neuer OB in Mülheim

Deutlich konnte der CDU-Kandidat die OB-Wahl in Mülheim für sich entscheiden. Anscheinend hat die Wahlempfehlung der Führung der Grünen den Ausschlag gegeben. Damit hat Schwarz-Grün eine Mehrheit im Rat, wenn auch nur mit 1 Stimme. Das macht einiges nicht leichter. Und die Probleme für Mülheim sind enorm. Bisher stellt die CDU bereits 3 von 4 Dezernenten, nun auch noch den OB. Man darf gespannt sein, wer auf Buchholz als Sozial- und Bildungsdezernent folgen wird. Doch egal: Die Wähler haben es so gewollt, dann müssen sie auch damit leben.



MBI auf facebook! <https://www.facebook.com/MuelheimerBuergerinitiativen/>

Die heraufziehende Demokratiekrise

Duisburg bekommt den größten Stadtrat im ganzen Land NRW – mit 30 Überhang- und Ausgleichsmandaten, also insgesamt 102 Ratsmitgliedern. Das wird teurer – und zu eng im Ratssaal. In Duisburg gab es die schlechtesten Nachkriegsergebnisse für SPD und CDU, beste für Grüne und z.T. auch AfD. Die Wahlbeteiligung sank trotz Briefwahl-Rekord erneut auf nur noch ca. 39%. In Marxloh betrug die Wahlbeteiligung gerade einmal 16,59 Prozent. Die Wahlbeteiligung bei der OB-Stichwahl in Mülheim lag bei unter 38%, ebenfalls wenig berauschend. OB Buchholz wurde also von 21,5% der Wahlberechtigten gewählt. Es ist also nicht nur die schändliche Missachtung des deutlichen VHS-Bürgerentscheids durch die große Ratsmehrheit, was einen um die lokale Demokratie bangen lässt!

Auf den folgenden Seiten:

- Wenig kommunale Kommunalwahlen in Mülheim, laut WAZ eine "heruntergewirtschaftete Stadt"S. 2
- MBI empfehlen die Wahl von Frau Griefahn bei der OB-Stichwahl S. 3
- MBI-Sofortprogramm für nach den KommunalwahlenS. 4
- Dohne Fahrradstraße? MBI sehen das sehr kritisch S. 4

Einlegeblatt: Warum Mülheim derart pleite ging: Bspl. Ruhrbania-Projektentwicklungsgesellschaft

Wenig kommunale Kommunalwahlen in Mülheim, auch laut WAZ eine "heruntergewirtschaftete Stadt"



WAZ 12.9.20: "Mülheim: Eine heruntergewirtschaftete Stadt" Bildunterschrift: „Hunderte Mülheimer demonstrieren im Feb. 2019 auf dem Rathausmarkt gegen die geplante Erhöhung der Grundsteuer um 39 %. Eine andere Möglichkeit für einen genehmigungsfähigen Haushalt hatte die Mehrheit im Stadtrat nicht mehr gesehen.“

Am Tag vor der Wahl analysierte die WAZ insgesamt folgerichtig, was sie allerdings sinnvoller zu Beginn des „Wahlkampfes“ hätte tun sollen, besonders, weil letzterer wegen der Corona-Maßnahmen nur stark behindert stattfinden durfte.

Alleine in 2019, dem für Deutschland wohl letzten Boomjahr, gab es in Mülheim u.a. drei ganz große kommunale Begebenheiten, bei denen insbesondere die Mülheimer Kenia-Koalition aus SPD, CDU und Grünen der Bevölkerung demonstrierte, wie wenig die Ratspolitik die Bevölkerung repräsentierte.

- ◆ Ab Jan. mussten alle Eigenheimnutzer und Mieter eine unverhältnismäßige Grundsteuererhöhung von 39% auf bundesdeutschen Spitzenwert erdulden. Dies führte zur größten Kundgebung der letzten Jahrzehnte (nicht „hunderte“, wie die WAZ es verniedlichte.) Über 3500 schriftliche Widersprüche wurden einfach übergangen und Rot-Schwarz-Grün verkackeierte die Menschen dann auch noch regelrecht. Der MBI-Antrag, die Erhöhung zu reduzieren auch in Erwartung der vom Verfassungsgericht verordneten grundsätzlichen Änderung der Grundsteuer, wurde von den Kenia-Koalitionären ignorant von der Tagesordnung gestimmt.
- ◆ Die "Kenianer" hatten auch beschlossen, jährlich 7 Mio. € beim ÖPNV einzusparen. Die Verwaltung versuchte das umzusetzen mit einem sog. „Netz 23“ im Mai 2019: Die gesamte Straßenbahnlinie 104 (führt nach Essen) und die Duisburger 901 sollte vom Mülheimer Stadtgebiet verbannt und bei den verbliebenen 2 StraBa-Linien 102 sowie 112 (nach Oberhausen) sollten jeweils längere Endstücke ebenfalls abgeschnitten werden. Die Zahl der regulären Buslinien sollte zusätzlich von 14 auf 6 reduziert werden und auf fast allen ÖPNV-Linien außerdem nahezu alle Taktzeiten deutlich verschlechtert werden. In Zeiten von propagierter Verkehrswende eine echte Dreifachrolle rückwärts. Dieser Unfug, auch noch ohne Einverständnis der betroffenen Nachbarstädte, wurde zurückgezogen, als der Protest immer größer wurde. In kurzer Zeit waren mit starker MBI-Unterstützung schon über 6000 Protestkarten unterschrieben worden. Ein Jahr später liegt immer noch kein Konzept für die Umsetzung des Kenia-Ratsbeschlusses vor, obwohl zentral für den Haushalt 2019(!) und 2020!
- ◆ Das Bürgerbegehren zur Wiedernutzung der 2017 überfallartig geschlossenen VHS erhielt in kurzer Zeit mehr als die nötigen Unterschriften, doch der Rat stimmte mit der gesamten Kenia-Abteilung für die Unzulässigkeit. Diese musste dann über Gericht erzwungen werden. Die Ratsmehrheit wollte sich dennoch dem Bürgerbegehren nicht anschließen und beim deshalb vorgeschriebenen Bürgerentscheid machten insbesondere SPD, CDU und Grüne massiv Stimmung gegen die VHS. Dennoch war der Entscheid am 6.10.19 ein großer Erfolg mit über 18.000 Stimmen für die VHS. Im Dez. weigerte sich die Ratsmehrheit, die VHS in die Prioritätenliste aufzunehmen und bemühte sich fast 2 Stunden lang, den MBI-Sprecher als VHS-Befürworter regelrecht „an die Wand zu stellen“ (Zitat WAZ).

Alleine diese 3 großen Schweinereien hätten bei „normalen“ Kommunalwahlen gereicht, damit neben der abgewirtschafteten Mülheimer SPD auch CDU und nicht zuletzt die Grünen zur Verantwortung für ihre Taten gezogen worden wären. Doch das Gegenteil ist geschehen: CDU ein wenig und vor allem Grüne erhielten mehr Stimmen und die MBI deutlich weniger, womit nur noch knapp Fraktionsstatus erhalten blieb. Der coronabegründete halbjährige Ausnahmezustand hatte alle kommunalen Vorgänge und Themen völlig überlagert und auch nicht wenige Menschen fast kirre gemacht. Nicht zufällig war der Haupttrend in ganz NRW ähnlich.

MBI empfohlen die Wahl von Frau Griefahn bei der OB-Stichwahl – schweren Herzens

Die MBI führten in der Woche nach der Kommunalwahl ergebnisoffene Gespräche jeweils mit Frau Griefahn (SPD) und Herrn Buchholz (CDU) als der/möglichen zukünftigen OB der Stadt Mülheim. Wir hatten vorab keine Präferenz zwischen diesen beiden Kandidaten für die OB-Stichwahl am 27. September 2020. Beiden präsentierten wir die gleichen, in der vorherigen MBI-Sitzung festgelegten Fragen zu Problemkreisen, die den MBI besonders wichtig erschienen. Im einzelnen ging es um



- Das weitere Vorgehen zur schnellstmöglichen Umsetzung des VHS-Bürgerentscheids
- Den weiteren Umgang mit den fatal falschen und kaum umsetzbaren ÖPNV-Beschlüssen zur Stilllegung des Kahlenberggasts der 104 sowie zur jährlichen Einsparung von 7 Mio. € beim ÖPNV
- Beendigung des bereits zweimal gescheiterten B-Plans G 14 „Diepenbeck/Tinkrath-/Velauer Str.“ zur Bebauung des Ackers am Siedlungsrand oberhalb des Rumbachtals
- Verschonen aller Gärten in der Kleingartenanlage Holzstraße vor Bebauung
- Schnellstmögliche Elternbefragung zur Planung einer zusätzlichen weiterführenden Schule in Mülheim, welche aus MBI-Sicht nur die 4. Gesamtschule bedeuten sollte.

Nach intensiven Gesprächen mit den beiden OB-Aspiranten konnten die MBI nur empfehlen, Frau Griefahn zu wählen, weil nur sie bis auf den Punkt B-Plan Tinkrathstr., zu dem sie sich noch genauer informieren wollte, Zusagen in unserem Sinne machte. Herr Buchholz blieb leider bei allen Punkten zu vage. Er fühlte sich anscheinend zu sehr als Teil der Verwaltung und der bisherigen Vorgehensweisen, was durchaus verständlich ist. Allerdings muss unsere Stadt u.E. dringend einige alte Zöpfe abschneiden, weil eine Verlängerung von Fehlentwicklungen die Stadt an der Bewältigung der zukünftig schwierigen Probleme hindert.

Obwohl das Grundvertrauen der MBI in die Mülheimer Sozialdemokratie nur rudimentär besteht, sahen wir zum Wohle unserer Stadt eher mit Frau Griefahn, die auch nicht dem lokalen Klüngel entstammt, zumindest die Möglichkeit, dass sie als OB für neue Wege offen ist und als OB sich nicht nur ihrer Partei oder dem bisherigen rot-schwarz-grünen Einheitsbrei mit Gutachteritis und „Weiter wie gehabt“ verpflichtet fühlt.

Jedenfalls hat sie bereits mit Herrn Teich als dem VHS-Architekten gesprochen und auch versprochen, bald nach Amtsantritt mit ihm und Herrn Prof. Pfeiffer zusammen das Gebäude zu inspizieren, um mit einem billigeren und besseren Sanierungskonzept die baldige Wiederinbetriebnahme unserer VHS in der MüGa in die Wege zu leiten, wie das der erfolgreiche Bürgerentscheid eigentlich gebietet.

Auch Frau Griefahn will die beabsichtigte Klage gegen die Aufsichtsbehörde wegen des Kahlenberggasts der 104 beenden und die Sparbeschlüsse zum ÖPNV, die nur zu einem völlig aus der Zeit gefallenem Kahlschlag führen können, aufheben lassen. Außerdem versprach sie, sich dafür einzusetzen, dass die Entscheidungshoheit für den ÖPNV inkl. des Nahverkehrsplans auf den RVR übertragen wird.

Falls Frau Griefahn gewählt worden wäre, hätten wir sie an ihre Zusagen erinnert, so oft wie nötig.

Die MBI werden logischerweise den neuen OB Buchholz u.a. zu den o.g. Problemstellungen relativ zeitnah in die Pflicht nehmen.

Das Ergrünen der Medien und im Gefolge der Wähler

Die Grünen sind landesweit die Gewinner der NRW-Kommunalwahlen, die SPD weiter auf dem dramatisch absteigenden Ast. Mit ein Grund ist sicherlich, dass weite Teile der Medienlandschaft recht deutlich die Grünen favorisiert. Doch das Ergrünen z.B. von von WAZ und WDR ist nicht das Hauptproblem der NRW-SPD, aber das bundesweite Ergrünen der Medienlandschaft ist ein Problem als solches. Die Kommunalwahlen in NRW zeigten eindrucksvoll, wie ganze Wählerschichten der SPD und sogar dem Parteiensystem insgesamt abhanden kommen. Wenn die SPD diese Milieus weiter ignoriert, stirbt sie einen grünen Tod. Gewonnen haben nur die Grünen, sie sind auch in Nordrhein-Westfalen die Partei der Stunde. Sie haben von den “Fridays for Future”-Kids bis zu Kirchenverbänden und Teilen der Gewerkschaften alle auf ihre Seite gezogen, die sich angesichts der kommenden tiefsten Wirtschaftskrise in der Geschichte der Bundesrepublik nicht um ihre Existenz sorgen müssen.

MBI-Sofortprogramm für nach den Kommunalwahlen

Die MBI hatten ca. 1 Woche vor der Kommunalwahl am 13. Sept. eine Liste mit wichtigen Punkten veröffentlicht, was u.E. relativ bald nach den Wahlen angegangen werden müsse. Leider interessierte das die Lokalmedien nicht. Deshalb im folgenden noch einmal, weil diese Punkte uns unabhängig vom Wahlausgang weiterhin wichtig sind und Auftrag zugleich:

Falls die MBI wieder Fraktionsstatus erlangen, werden sie in der ersten Runde der neuen Ausschüsse und Bezirksvertretungen, die in November/Dezember stattfinden werden, folgende Themen einbringen:

- √ Endgültige Einstellung des bereits zweimal gescheiterten heiklen Bebauungsplans Tinkrathstr./ Diepenbeck/Velauer Str. in Heißen
- √ Beenden der gültigen Rest-Ruhrbania-Beschlüsse, d.h. kein Abriss der Hochstr. Tourainer Ring, Baufelder 3+4 zwischen Eisenbahn- und Nordbrücke in Ruhe lassen
- √ Der Verwaltung untersagen, ihr Vorhaben, die Stilllegung des Kahlenbergasts der 104 auch noch gerichtlich gegen die Aufsichtsbehörde durchsetzen zu wollen
- √ Grundsatzbeschluss, keine weiteren Streckenstilllegungen von Straßenbahnlinien oder Endstücken durchzuführen, sondern einen völlig neuen, sinnvolleren Nahverkehrsplan in Zusammenarbeit mit den Nachbarstädten zu erarbeiten
- √ Dem Architekten Teich per Ratsbeschluss unverzüglich Zugang zum VHS-Gebäude zusammen mit seinem Gutachter zu ermöglichen
- √ Alle Beschlüsse zu ändern, mit denen weitere Schulgrundstücke verkauft werden sollen wie am Blötterweg oder an der Meißelstr.
- √ Unverzüglich Gespräche von Politik und Verwaltung mit den neuen Eigentümern des Tengelmänn-Areals über das zukünftige Nutzungskonzept durchzuführen
- √ Antrag, die gesamte Kleingartenanlage an der Holzstr. von jeglichem Verkauf zur Bebauung zu verschonen
- √ Überarbeitung der teilweise hundsmiserablen Ampelschaltung im Stadtgebiet

Dohne Fahrradstraße? MBI sehen das sehr kritisch

Auf dem Leinpfad zwischen Mülheimer Wasserbahnhof und B 1 ist es für Fußgänger und Radler gleichzeitig zu eng. Obwohl nicht erlaubt, fahren häufig Radler über den Leinpfad und gefährden Fußgänger. Nun soll eine Fahrradstraße die Lage für die Radfahrer verbessern, damit diese keine Umwege fahren müssten. Die Stadtverwaltung verkündete also, sie möchte Dohne und Mendener Straße daher zur Fahrradstraße machen. WAZ: "Stadt Mülheim will aus der Dohne eine Fahrradstraße machen"

Die Dohne ist Landesstraße, sie müsste also zuerst einmal herabgestuft werden, was vom Land genehmigt werden müsste.

Wieviel Sinn es macht, den Autoverkehr dort möglichst zugunsten von Radlern zu verdrängen, kann man anzweifeln. Erst einmal würden Autofahrer dann über Mintarder Str. bzw. Mendener Brücke, danach über die Straßburger Allee, Düsseldorfer Str. und den Kassenberg geleitet. Für den bereits häufig überlasteten Kassenberg wäre das zuviel des Guten und auch die Düsseldorfer Str. mit ihren diversen Discountern rechts und links bekäme noch größere Probleme.

Den Radfahrern will man nicht zumuten, Umwege zu fahren, dafür verdrängt man den Autoverkehr und zwingt ihn zu langen Umwegfahrten.

Die Umweltbilanz ist wohl kaum positiv und wenn dann in Herbst, Winter oder bei Regen die Radler häufig lieber das Auto benutzen, wäre die Umweltbilanz der Fahrradstr. Dohne/Mendener Str. erst recht bedenklich.

Die MBI jedenfalls können dem Vorhaben "der Stadt" wenig abgewinnen. Mal abgesehen davon, dass ein derart massiver Eingriff in das gültige Vorbehaltsnetz der Mülheimer Straßen zuerst in den zuständigen Gremien (BV 1 und Mobilitätsausschuss) hätte beraten und beschlossen werden müssen. Doch mit den Abläufen in einer funktionierenden Demokratie gibt es in Mülheim immer häufiger Brüche und Probleme. Man denke nur an die skandalösen Vorgänge um die VHS oder die Stilllegung des Flughafenasts der Straßenbahnlinie 104.

Wenn die gewählten Volksvertreter nur nachträglich abnicken sollen, was die Verwaltung bereits fertig eingefädelt hat, könnte man auch auf die Demokratie verzichten, oder?

Warum Mülheim derart pleite ging: Beispiel Ruhrbania-Projektentwicklungsgesellschaft



Wer verstehen will, warum Mülheim trotz viel besserer Bedingungen als alle Nachbarstädte finanziell regelrecht abgewirtschaftet wurde, muss sich genauer anschauen, wie viele Dinge so liefen – häufig als Mischung zwischen Größenwahn und Dilettantismus:

Über Jahre verkündete Kämmerer Bonan z.B., man könne die vom RP vorgegebene Linie von 0 Neuinvestitionen einhalten, real aber unwahr, denn alle Ruhrbania-Investitionen (2-stellige Millionenbeträge) tauchten im Haushalt nicht auf, weil sie im ausgegliederten Schattenhaushalt der BHM (Beteiligungsholding) geführt wurden und dort z.T. in der

Ruhrbania-Projektentwicklungsgesellschaft mbH (RPG),

die am 3.9.2020 im Rat in eine „Grundstücksentwicklungsgesellschaft“ erweitert werden sollte, doch dann zog die Verwaltung zur Sitzung ihre Beschlussvorlage ohne Begründung zurück.

Zur Erinnerung

Die RPG wurde 2006 als zunächst rein städtische GmbH gegründet mit dem Ziel, einen privaten PPP-Partner über europaweite Ausschreibung zu finden, der zum einen 50% der RPG-Anteile übernimmt und zum zweiten die zur Umsetzung des Ruhrbania-Projekts notwendigen Infrastrukturmaßnahmen sowie die Baureifmachung der Ruhrbania-Grundstücke vorfinanziert. Weil sich kein Partner für eine solche Vorfinanzierung fand, wurden in den Verhandlungen mit der interessierten niederländischen Firma Reggeborgh die Bedingungen geändert, was dann der Rat der Stadt Ende März 2007 auch so mehrheitlich beschloss. Da der PPP-Partner keine Vorfinanzierung übernahm, die dann gemäß der EU-Ausschreibung durch Fördermittel von Land und Bund sowie durch Grundstücksverkäufe zurückgezahlt hätte werden sollen, wurde anstelle dessen die rein städtische Ruhrbania GmbH&Co.KG gegründet als Komplementär zur RPG. Die RPG sollte die Kontrolle über die Co.KG ausüben, die ihrerseits als BHM-Tochter alle Gelder bereitzustellen hatte, die zur Vorfinanzierung gebraucht würden. Die Ruhrbania-Projekte tauchten entsprechend auch im Investitionsprogramm der Stadt und damit in den Etats der Folgejahre nicht mehr eigenständig als städtische Investitionen auf.

50%iger Partner in der RPG wurde die eigens für Ruhrbania gegründete Tochter der Reggeborgh-Tochter Rheinbau, namens MHR GmbH, mit einem Haftungskapital von 12.500 €. Dazu wurden ein Gesellschaftsvertrag, eine Gesellschaftervereinbarung und ein Grundstückskaufvertrag (für Baufeld 1) vorgelegt und vom Rat beschlossen.

Das gesamte, schwer zu durchschauende Konstrukt beinhaltete u.a. den Verkauf des Baufeldes 1 an die MHR und das Projektmanagement durch die Rheinbau, was hauptsächlich wohl zum Ziel hatte, die Vermarktungschancen der weiteren Ruhrbania-Baufelder zu verbessern. Dafür sollte die Firma eine Pauschalvergütung, verteilt über etliche Jahre, erhalten zuzüglich Provisionen als Anteil eines evtl. Mehrerlöses beim Verkauf der Baufelder 2, 3 und 4.

Auf die ursprünglich vorgesehenen eigenständigen 2 Geschäftsführer der RPG wurde Anfang 2008 verzichtet, obwohl die Stadt noch im Herbst 2007 mit der Ausschreibung begonnen hatte, diese aber wieder zurückzog. Auch machte die EU-Kommission Probleme, weil b.w.

die EU entsprechend einschlägiger EuGH-Urteile u.a. den Verkauf von Baufeld 1 an Reggeborgh ohne Ausschreibung als vergaberechtswidrig einstufte, aber auch die RPG-Beteiligung im fundamentalen Gegensatz zur EU-weiten Ausschreibung dazu war. Erst nach massiver Intervention der deutschen Bundesregierung und der Italiens(!) weichte der EuGH seine Vergaberichtlinien deutlich auf, so dass Mülheim ungeschoren davon kam. (Etliche Mülheimer waren in Luxemburg Zuschauer der leicht absurden EuGH-Verhandlung) Die Firma Reggeborgh wurde dann nur noch als Kondor Wessels geführt, Rheinbau und die MHR wurden darin integriert, Baufeld 1 wurde von neuen Töchtern bzw. Enkeln von Kondor Wessels übernommen usw..



Baufeld 2 wurde aufgrund der EU-Vergaberechtsprobleme ausgeschrieben, die Baufelder 3 und 4 zur Bewerbung für die Fachhochschule umgeplant, was sich wie so Vieles bei Ruhrbania als Fehlplanung herausstellte. Bei alledem war die RPG als solche aber nicht beteiligt und konnte bzw. durfte es auch nicht.

Die Bebauung von Baufeld 1 verzögerte sich ein ums andere Mal, nachdem sich zuerst die Hotelpläne und dann das Ärztezentrum-Projekt als nicht realisierbar erwiesen. Auch dabei war die RPG funktionslos und das „Projektmanagement“ war weiterhin weder erkennbar, noch angebracht.

Das schwer zu durchschauende Konstrukt RPG beinhaltete u.a. den Verkauf des Baufeldes 1 für 2,2 Mio. € an die MHR und das Projektmanagement durch die Rheinbau, was wohl zum Ziel hatte, die Vermarktungschancen der weiteren Ruhrbania-Baufelder zu verbessern. Dafür erhielt die Firma bzw. die Nachfolger eine Pauschalvergütung von ca. 1,5 Mio. € und Provisionen als Anteil eines eventuellen Mehrerlöses beim Verkauf der Baufelder 2, 3 und 4.

Bei Baufeld 2 (Rathausneubau, Bücherei, Ruhrstr. und Gartendenkmal) war Kondor Wessels Mitbieter, weshalb die RPG sich nicht damit befassen durfte. Ob die Provision dennoch fällig war, ist unbekannt. (Es könnte auch als Wettbewerbsverzerrung angesehen werden, wenn ein Bieter ein höheres Angebot abgeben kann, weil die Stadt ihm den größeren Teil des Mehrerlöses zukommen lässt, interessierte aber niemanden!)

Auf den Baufeldern 3 und 4 sollte die FH angesiedelt werden, gänzlich unabhängig von der RPG oder dem o.g. Projektmanagement. Wäre es zum Bau der Fachhochschule an dieser Stelle gekommen, wäre die ganze Konstruktion der RPG ohnehin gegenstandslos gewesen, der Projektmanagementvertrag unerfüllbar.

Das alles bedeutete: Die ursprünglich geplante PPP-Gesellschaft der RPG hatte nach Gründung der GmbH&Co.KG keine wirkliche Funktion und Notwendigkeit, die Entscheidungen wurden im Rat bzw. in der Verwaltung getroffen, die Planung und Vermarktung übernahm wieder die Stadt.

Somit waren die Vergütungen für das Projektmanagement als quasi-Subvention der Stadt an eine private Firma anzusehen, die aber keine Gegenleistung erbrachte.

Die MBI stellten deshalb im April 2010 den Antrag, die RPG abzuwickeln, der aber im Hauptausschuss mit knapper Mehrheit abgelehnt wurde. Es hätte bereits damals geprüft werden müssen, inwieweit auch die GmbH&Co.KG aufgelöst werden musste, auf die bekanntlich die städtischen Grundstücke übertragen wurden, die z.T. noch vorher von der Stadt gekauft werden mussten oder müssen (ehemaliges Arbeitsamt für 1,5 Mio. von Hoffmeister, AOK steht noch aus).

Nachdem Kondor Wessels Ende Juli 2011 nach vielen Pannen u.ä. Grundsteinlegung in Baufeld 1 feierte, zogen sie sich aus der RPG zurück. Doch Rat und Öffentlichkeit wurden weder über die Bedeutung dieses Rückzugs, noch über die finanziellen Folgen aufgeklärt, obwohl es sich ausschließlich um öffentliches Geld handelte. Doch das geschah nicht und die RPG gibt es bis heute.

Die Beantwortung der entsprechenden MBI-Anfrage im Rat am 6.10. 2011 wurde vage und nichtssagend behandelt und die Lokalmedien waren nicht interessiert. Auch deshalb:

- Erneuter MBI-Antrag zur Auflösung der RPG, nachdem Kondor Wessels sich aus der RPG verabschiedet hatte. Doch die Ruhrbania-Fraktionen SPD, CDU und FDP stimmten bei grüner Enthaltung den Antrag am 24.11.11 nieder.

Zumindest das war konsequent, denn sie fürchteten wie der

Teufel das Weihwasser, dass zu Ruhrbania Bilanz gezogen werde. Lieber weiterwurschteln und betteln, dass das Land einen Rettungsschirm für die Stadt aufspannt, damit die keine Fehler und noch weniger die gigantische Geldverschwendung für das Murks-Projekt mit dem Kunstnamen, der Urbanität suggerieren soll, zugeben muss und es hätte beenden müssen. Die Urbanität geht seither mit Riesenschritten den Bach runter!

